KAPITEL 3

Auf dem Weg zur Garnison

 \mathbb{H}

Hintergrund

Bemerkenswert in der Zeit von 1950 bis 1958

•	1950-55	Die Wiederbewaffnung Deutschlands
•	23.05.53	MdL Vogt schreibt an die "Dienststelle Blank"
•	06.12.54	Stadtratsbeschluss: Pfullendorf will Garnison werden Antrag an das Bundeskanzleramt
•	1955-57	Aufbau der Bundeswehr
•	16.12.54	Das Bundeskanzleramt bedankt sich bei der Stadt
•	20.12.54	Befürwortung des Antrages durch MdB Schüttler
•	14.10.55	Befürwortung des Antrages durch Regierungspräsidium
•	24.05.56	Befürwortung des Antrages durch Landrat Schieß
•	13.09.56	Antrag der Stadt Pfullendorf wird positiv beschieden

1953 bis 1956

Die Wiederbewaffnung Deutschlands

Mit der Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 wurde die deutsche Armee vollständig entwaffnet. Auf der Potsdamer Konferenz Anfang August 1945 beschlossen die Alliierten USA, Großbritannien und die Sowjetunion außerdem die Entmilitarisierung Deutschlands. Das heißt, das Land sollte keine Waffen besitzen und auch keine Waffen produzieren dürfen. Von deutschem Boden sollte nie wieder Krieg ausgehen.

Der Ausbruch des Korea-Kriegs 1950 löste in der Bundesrepublik und in den USA jedoch eine Debatte über bundesdeutschen Verteidigungsbeitrag innerhalb eines westlichen Militärbündnisses aus. Die Ereignisse in Korea wurden als sowjetische Offensive in Form eines Stellvertreterkrieges empfunden und schürten vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts in Westdeutschland die Angst vor einem Angriff der Roten Armee auf die Bundesrepublik, dem das Land schutzlos ausgeliefert wäre.

Bundeskanzler Konrad Adenauer forderte daher von den westlichen Verbündeten Sicherheitsgarantien für die Verteidigung Westdeutschlands und die Einbindung der Bundesrepublik in eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft.

Mit den Pariser Verträgen wurde 1954 die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO beschlossen, der eigentliche Beitritt erfolgte am 9. Mai 1955, zehn Jahre nach Kriegsende.

Im Rahmen des NATO-Beitritts erfolgte auch die Wiederbewaffnung Westdeutschlands. Deutschland verpflichtete sich, auf die Produktion von Atomwaffen und bestimmter anderer Waffensysteme zu verzichten.

Die Pläne der Bundesregierung und der westlichen Alliierten zur Wiederbewaffnung Westdeutschlands und zur Einführung der Wehrpflicht wurden in der Bundesrepublik heftig diskutiert. Gegner der Pläne argumentierten mit der aggressiven Kriegspolitik Deutschlands in der Vergangenheit, die bereits zwei Weltkriege ausgelöst hatte.

1953 bis 1956



Bundeskanzler Konrad Adenauer während der Bundestags-Debatte um die westdeutsche Wiederbewaffnung bzw. eine entsprechende Ergänzung des Grundgesetzes, 26.2.1954

1953 bis 1956

Aufbau der Bundeswehr

Die Planungen und Vorbereitungen für die Aufstellung der Bundeswehr reichen bis zum Beginn der 50er Jahre zurück. Die "Dienststelle Blank" befasst sich seit Oktober 1950 mit allen Fragen der Wiederbewaffnung.

Der Aufbau der Bundeswehr vollzieht sich im Rahmen der Nordatlantischen Verteidigungsorganisation (NATO), der die Bundesrepublik am 9. Mai 1955 beitritt.

Die eigentliche Geburtsstunde der Bundeswehr begann mit einer Panne: Am 12. November 1955 waren in der Bonner Ermekeil-Kaserne 101 Freiwillige angetreten, um von Bundesverteidigungsminister Theodor Blank ihre Ernennungsurkunden zu empfangen. Doch nur ein Dutzend der Männer trug Uniform! Hosen und Jacken für den Rest der künftigen Soldaten waren noch nicht fertig.



Die Generalleutnante Adolf Heusinger und Dr. Hans Speidel mit Bundesminister der Verteidigung Theodor Blank bei Überreichung der Ernennungsurkunden für die ersten 101 Freiwilligen der Bundeswehr

1953 bis 1956

Am 2. Januar 1956 rücken in ANDERNACH (Heer), NÖRVENICH (Luftwaffe) und WILHELMSHAVEN (Marine) die ersten Soldaten der Bundeswehr ein. Unter diesen Freiwilligen befinden sich viele Angehörige des Bundesgrenzschutzes.



20.01.1956: Bundeskanzler Konrad Adenauer (2. von rechts) besucht in Begleitung von Verteidigungsminister Theodor Blank die ersten Bundeswehrsoldaten in der Krahnenberg-Kaserne in Andernach

Die allgemeine Wehrpflicht wird erst im Juli 1956 durch den Bundestag beschlossen.

Erster Verteidigungsminister ist Theodor Blank.

Der Aufbau der Bundeswehr wird von heftigem innenpolitischen Streit begleitet. Mit den Parolen "Ohne mich!" und "Nie wieder Krieg" lehnen viele Deutsche die Wiederbewaffnung ab.

In Pfullendorf ist das ganz anders...

1953 bis 1956

Die beschauliche Kleinstadt erkennt ihre Chance

Natürlich war auch in Pfullendorf die deutsche Wiederbewaffnung Diskussionsthema

Man befasste sich mit diesem hochpolitischen Sachverhalt. Wie stark und wie intensiv ist nicht überliefert.

Doch der in Pfullendorf beheimatete, langjährige Landtagsabgeordnete (1947-1964) Josef Vogt schreibt bereits am 25. Mai 1953(!), noch weit vor z.B. der Gründung der Wehrverwaltung oder vor der entscheidenden Bundestags-Debatte über die deutsche Wiederbewaffnung, also weit vor dieser Zeit, an den

"Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen"

im Bundeskanzleramt und fragt nach, ob im Bereich der Gemarkung Pfullendorf die Errichtung einer Garnison in Erwägung gezogen worden sei.

Unter dem 3. Juni 1953, also auch noch weit vor dieser Zeit, kommt aus Bonn, von der damaligen "Dienststelle Blank", die Antwort, dass die Errichtung einer Garnison im Bereich der Gemarkung Pfullendorf bisher noch nicht in Erwägung gezogen worden sei.

Voraussetzung hierfür sei, und das sei nur grundsätzlich zu sehen, die Bereitstellung

- eines erschlossenen Baugeländes in einer Größe von etwa 12–15 ha und
- 2. eines hiervon in erreichbarer Nähe, etwa 5 km, liegenden Übungsplatzes in Größe von rd. 200 ha.

Josef Vogt wurde also aktiv noch lange bevor die Bewaffnung Deutschlands allgemeines, politisches Thema wurde.

1953 bis 1956

Der Beschluss des Gemeinderates in Pfullendorf

Weil die Stadt Pfullendorf die wirtschaftliche und soziologische Bedeutung einer Garnison für das eigene Wachstum erkannte, fasste der Gemeinderat

den einstimmigen Beschluss,

sich intensiv um eine Garnison zu bemühen.

Der Gemeinderat beschloss am 6. Dezember 1954 einstimmig, dass man an das Bundeskanzleramt (Bundeskanzler war seinerzeit Konrad Adenauer, Chef des Bundeskanzleramtes: Ludger Westrick) folgendes schreiht:

An das Bundeskanzleramt!

Der Stadtrat der Stadt Pfullendorf verfolgt mit großem Interesse die mit einem deutschen Verteidigungsbeitrag zusammenhängenden Fragen und ist gerne bereit, durch Bereitstellung eines geeigneten Geländes für die Unterbringung einer Garnison dazu beizutragen, und würde es außerordentlich begrüßen, wenn ihre Bereitwilligkeit mit einem Erfolg gekrönt wäre.

Deutsche Truppen wären in Pfullendorf keine ungebetenen und angefeindeten Gäste, wie es anderswo vielleicht der Fall sein könnte. Psychologische Schwierigkeiten wären in keiner Weise zu überwinden.

Die Bevölkerung von Pfullendorf würde eine Garnison verständnisvoll begrüßen...

1953 bis 1956

Der Entwurf dieses Schreibens stammte aus der Feder des Gemeinderates Dr. Walter Ott.

Es ist überliefert, dass sich neben den Bürgermeistern

- Leo Frank und
- Hans Ruck

vor allem die Beigeordneten

- Dr. Walter Ott und
- Willi Nusser

im Verlaufe des jetzt anstehenden Verfahrens mehrfach persönlich, auch persönlich in Bonn, einbrachten.



1953 bis 1956

Die damals in Pfullendorf handelnden Personen

Nicht uninteressant ist, wer sich um die Garnison so intensiv bemühte. Werfen wir deshalb einen Blick auf die Zusammensetzung der politischen Führung der Stadt zu jener Zeit.

Das politische Gremium, der Gemeinderat, setzte sich aus den nachfolgenden Männern (Frauen gab es zu der Zeit noch nicht im Gremium) zusammen:

Bürgermeister: Leo Frank bis 1957

Hans Ruck ab 1958

Beigeordneter: Dr. Walter Ott

Wilhelm Nusser

Gemeinderäte: Sebastian Gsell

Willy Beck

Karl Back

Josef Netzel

Josef Jäger

Josef Jäger (Kreuzwirt)

Bürgerausschuss: 20 Personen

Eine Besonderheit in Pfullendorf (siehe nächste Seite) sorgte dafür, dass Streit in diesem Zusammenhang von vornherein vermieden wurde, der

"Pfullendorfer Block".

Wähler und Wählerinnen der Stadt Pfullendorf!

Zur bevorstehenden Gemeinderatswahl am 11. November 1956 haben sich alle fortschrittlich denkenden Kräfte, die im vergangenen Gemeindeparlament sowie in den einzelnen Wählergruppen und Parteien sich für die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung Pfullendorfs eingesetzt und gerungen haben, zum

"Pfullendorfer Block"

zusammengeschlossen.

Die begonnene Arbeit zur weiteren Förderung des Allgemeinwohles unserer Stadt soll fortgesetzt werden.

Aus dieser Erkenntnis heraus haben sich im Pfullendorfer Block zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden:

FW Freie Wählervereinigung

BV Bürgerliche Vereinigung

SPD Sozialdemokratische Partei, Pfullendorf

BHE | Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten

BVD Bund vertriebener Deutscher

Es war und ist das Ziel dieser Gruppen, die längst versäumte, zum Teil bewußt verhinderte Aufwärtsentwicklung Pfullendorfs zu fördern und unter allen Umständen voranzutreiben.

Der Pfullendorfer Block hält am

Montag, den 15. Oktober 1956 um 20 Uhr

im neuerstellten "Lamm-Saal" seine erste

Wahlversammlung

ab, wozu wir die gesamte Bevölkerung Pfullendorfs recht herzlich einladen.

Der Pfullendorfer Block

1953 bis 1956

Noch vor der Zeit von GEBERIT und ALNO...

Dies alles geschah

ein Jahr bevor die Firma Geberit & Cie. von Rapperswil/Schweiz aus, 1955 die Tochterfirma GEBERIT GmbH in Pfullendorf gründete.



Dies alles geschah auch

drei Jahre bevor Albert Nothdurft seine Schreinerei aus Wangen bei Göppingen nach Pfullendorf verlegte, wo sie ein Jahr später zur ALNO Möbelwerke GmbH & Co. KG mutierte.



Das Bundeskanzleramt bedankt sich bei der Stadt

Damit hatte niemand gerechnet:

Bereits unter dem 16.12.1954, also gerade einmal 10 Tage nach der Antragstellung durch den Gemeinderat, kam schon die Antwort aus Bonn, die in Pfullendorf sicherlich zu gewissen Hoffnungen berechtigten Anlass gab.

Lesen Sie dies hoch interessante Schreiben, das zum selben Zeitpunkt in der Stadt eintraf, zu dem der damalige Bundestagsabgeordnete Josef Schüttler dem Bürgermeister als Zwischennachricht überbrachte, dass "Herr Blank dem Wunsche der Stadt durchaus positiv gegenüber stände".

1953 bis 1956

BUNDESKANZLERAMT
DER BEAUFTRAGTE DES BUNDESKANZLERS
FÜR

DIE MIT DER VERMEHRUNG DER ALLIIERTEN TRUPPEN ZUSAMMENHÄNGENDEN FRAGEN sonn, den ... 16. Dezember 1954
Argelonderstroße 105
Fempografier, 2016

IV/1 - 910-07 - 1981/54

Burgermeister of Pfullend Eing. 20, SEZ 1954 P. A.Z.

An

das Bürgermeisteramt der Stadt Pfullendorf

Pfullendorf

Landkreis Überlingen

<u>Betr.:</u> Unterbringung einer Garnison. Vorg.: Ihr Schreiben vom 2.12.1954.

Für die Bereitwilligkeit, in Ihrer Stadt eine deutsche Garnison aufzunehmen, danke ich Ihnen verbindlichst.

Soweit es sich übersehen läßt, dürfte das von Ihnen in Vorschlag gebrachte Kasernenbaugelände den Anforderungen entsprechen.

Um jedoch zu Ihrem Angebot abschließend Stellung nehmen zu können, bitte ich um baldige Unterrichtung, ob ein Übungsgelände von 150 ha in einer Entfernung bis zu höchstens 8 km zum Kasernenbaugelände zur Verfügung gestellt werden kann.

Das von Ihnen hierfür vorgesehene Gelände bitte ich in dem wiederbeigefügten Meßtischblatt kenntlich zu machen.

Anlage: 1

Im Auftrag

1953 bis 1956

Der Antrag Pfullendorfs wird positiv begleitet

Der damalige Bundestagsabgeordnete Josef Schüttler schrieb am 20. Dezember 1954 an den Bürgermeister als Zwischennachricht:

"... Ich habe mich unverzüglich bemüht, Herrn Blank persönlich für die Sache zu gewinnen ...

Wie ich dort feststellte, steht man Ihrem Wunsche durchaus positiv gegenüber..."

Auch das Regierungspräsidium Südbaden war gemäß Schreiben vom 14. Oktober 1955 mit dem Vorschlag einverstanden, in Pfullendorf eine "Wehrmachtsanlage" zu schaffen:

"... Die Stadt Pfullendorf hat durch den Verlust des Amtssitzes an Überlingen eine wirtschaftliche Schädigung erlitten.

Sie hat bis zu einem gewissen Grad die frühere Bedeutung als zentraler Marktort des landwirtschaftlich ausgerichteten Hinterlandes des Überlinger Sees verloren ...

Die Errichtung einer Garnison könnte daher einem großen Teil der im industriearmen Raum um Pfullendorf zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte eine Beschäftigung bieten und dem örtlichen Gewerbe zu erneutem Auftrieb dienen ... "

Am 24. Mai 1956 schrieb der damalige Landrat Karl Schiess an Generalleutnant Heusinger u.a.:

1953 bis 1956

"... Da alle zivilen Stellen des Landes sich für die Errichtung einer Garnison in Pfullendorf ausgesprochen haben, bedarf es nur noch der endgültigen Zusage durch die militärischen Dienststellen

Ich glaube, es wäre sicher gut und nicht nur der Stadt Pfullendorf gedient, wenn in unserer Ecke diese Garnison errichtet würde."

Aus den Protokollen der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzungen ist ersichtlich, dass die Ansiedlung der Garnison ausnahmslos einstimmig vom Gemeinderat gewünscht und auch beschlossen worden ist.

Die Entscheidung

Am 13. September 1956 - (also fast zwei Jahre nach der Antragstellung durch die Stadt Pfullendorf) - fiel in Bonn die Entscheidung, dem Antrag der Stadt zuzustimmen und in Pfullendorf eine Garnison zu errichten. Die Nachricht lautete:

"... Ich nehme Bezug auf die heutige Vorsprache Ihres Herrn Stadtrates Nusser und bestätige, dass der Herr Bundesminister für Verteidigung im Benehmen mit den zuständigen Bundes- und Landesdienststellen dem Antrag der Stadt Pfullendorf auf Errichtung einer Deutschen Garnison stattgegeben hat."

Nach fast zweijährigem Kampf um die Errichtung einer Garnison in Pfullendorf war das Ziel erreicht:

Die Stadt im Oberen Linzgau bekommt ihre ersehnten Soldaten!